

Niederschrift

über die 11. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Mittwoch, 28.06.2017 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses, Mittelstraße 40, 40721 Hilden

Anwesend waren:

Vorsitz

Frau Bürgermeisterin Birgit Alkenings Stadt Hilden

Ratsmitglieder

Frau Anabela Barata	SPD	
Herr Christoph Bosbach	SPD	
Herr Torsten Brehmer	SPD	
Herr Reinhold Daniels	SPD	
Herr Hans-Werner Schneller	SPD	
Herr Dominik Stöter	SPD	
Herr Michael Deprez	CDU	für Reinhard Zenker
Herr Fred Harry Frenzel	CDU	
Herr Wolfgang Greve-Tegeler	CDU	
Frau Claudia Schlottmann	CDU	
Herr Norbert Schreier	CDU	
Herr Klaus-Dieter Bartel	Bündnis90/Die Grünen	
Herr Hartmut Toska	Bündnis90/Die Grünen	
Herr Friedhelm Burchartz	Allianz für Hilden	
Herr Thomas Remih	FDP	
Herr Ludger Reffgen	BÜRGERAKTION	
Frau Marion Buschmann	CDU	

Beratende Mitglieder gemäß § 58 Abs. 1 GO NRW (nicht stimmberechtigte Fraktionen)

Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann AfD

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Norbert Danscheidt
Herr Beigeordneter Sönke Eichner
Frau Beigeordnete Rita Hoff
Herr Kämmerer Heinrich Klausgrete
Herr Roland Becker
Herr Tobias Schlusche
Herr Torsten Schlüter

Ratsmitglieder

Herr Reinhard Zenker CDU

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 CO-Pipeline der Firma Covestro, vormals Bayer-Material Science - Sachstandsbericht
- 3 Anregungen und Beschwerden
 - 3.1 Anregungen nach § 24 GO zum Bebauungsplan Nr. 32B für den Bereich Beethovenstraße 35-43/Johann-Sebastian-Bach-Straße
WP 14-20 SV 61/133
 - 3.2 Anregung nach § 24 GO, Marie-Colinet-Straße
WP 14-20 SV 66/080/1
 - 3.3 Anregung nach § 24 GO zur Sitzungsvorlage WP 14-20 SV 61/104 "Entwicklungskonzept: Preisgünstiger Wohnraum in Hilden"
Fläche 5.5 Schalbruch / Meide / Westring
WP 14-20 SV 61/117
- 4 Anträge
 - 4.1 Antrag der CDU-Fraktion - Investitionen in die kommunale digitale Infrastruktur
WP 14-20 SV 20/078
 - 4.2 Antrag der BA: Tagesordnungen für Zuschauer bei Sitzungen auslegen
WP 14-20 SV 01/081
- 5 Angelegenheiten des Jugendhilfeausschusses
 - 5.1 Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung 2017 ff.
WP 14-20 SV 51/156
 - 5.2 Neukontraktierung der Suchthilfe der SPE Mühle
WP 14-20 SV 51/157
- 6 Angelegenheiten des Sozialausschusses

- 6.1 Anpassung der Vereinbarung über die Durchführung der Obdachlosenbetreuung durch die SPE Mühle vom 17.07.2012
WP 14-20 SV 50/096

- 7 Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses

- 7.1 Ergänzung der Sondernutzungssatzung der Stadt Hilden - Werbeanlagen und Warenauslagen im öffentlichen Verkehrsraum etc.:
Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung
WP 14-20 SV 61/128

- 7.2 Finanzielle Abwicklung der ÖPNV-Pauschale gem. ÖPNVG-NRW;
Ausreichung der ÖPNV-Pauschale ab 2017
WP 14-20 SV 61/132

- 7.3 IHK Innenstadt Hilden - Budget des Stadterneuerungsprogramms 2017 des Landes NRW für Hilden; Maßnahmentausch
WP 14-20 SV 61/144

- 8 Errichtung einer Salzsiloanlage auf dem städt. Bauhof
- Weitere Vorgehensweise -
WP 14-20 SV 26/029

- 9 Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses Stand Juni 2017
WP 14-20 SV 01/079

- 10 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

- 11 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

- 11.1 Anfrage Fraktion Bürgeraktion Hilden Quartiersentwicklung an der Beethovenstraße

- 11.2 Anfrage CDU-Fraktion Durchfahrtsverbot Kalstert

Um 17.30 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende, Bürgermeisterin Birgit Alkenings, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörer. Sie stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand.

1 Befangenheitserklärungen

Es erklärten sich nachfolgende Mitglieder des Gremiums befangen.

Zu TOP 5.2 – „Neukontraktierung der Suchthilfe der SPE Mühle“:

- Bürgermeisterin Alkenings
- Ratsmitglied Schneller (SPD-Fraktion)
- Ratsmitglied C. Schlottmann (SPD-Fraktion)

Zu TOP 6.1 – „Anpassung der Vereinbarung über die Durchführung der Obdachlosenbetreuung durch die SPE Mühle vom 17.07.2012“

- Bürgermeisterin Alkenings
- Ratsmitglied Schneller (SPD-Fraktion)
- Ratsmitglied C. Schlottmann (SPD-Fraktion)

2 CO-Pipeline der Firma Covestro, vormals Bayer-Material Science - Sachstandsbericht

Bezüglich der CO-Pipeline der Fa. Covestro lagen keine neuen Informationen vor.

3 Anregungen und Beschwerden

3.1 Anregungen nach § 24 GO zum
Bebauungsplan Nr. 32B für den Bereich Beethovenstraße 35-
43/Johann-Sebastian-Bach-Straße

WP 14-20 SV
61/133

Die Fraktion Bürgeraktion Hilden (Ratsmitglied Reffgen) führte an, dass bei diesem Bauprojekt einen Kreis „Gewinner“ (z. B. die Investoren) und einen Kreis „Verlierer“ (z. B. die Anwohner des Umkreises) geben würde. Unter dem Wegfall des kleinen Einzelhandels und den drohenden Ver-

kehrproblemen würden die Anwohner deutlich leiden. Daher ist aus Sicht der Fraktion der Bürgerantrag nicht überzogen. Leider gäbe es in der heutigen Sitzung keine „Notbremse“ um die Folgen des Bauprojekts abzufedern und einen Interessenausgleich zu erzielen.

Nicht grundsätzlich gegen die Bebauung war die SPD-Fraktion (Ratsmitglied Barata). Sie sehe Entwicklungspotenzial für den Einzelhandel und eine Sicherung desselbigen. Sie erinnerte daran, dass es auch in der Bürgerbeteiligung keine größeren Einwände gab. Allerdings war die Fraktion gegen die frühzeitig präsentierten Pläne. Hier fand ein entsprechender SPD-Antrag, mit konkreten Anweisungen gegenüber den Investor (z. B. Übergangsregelungen mit einer Container-Lösung) keine Zustimmung im Verfahren.

Wenn der Bauantrag gestellt wird, sollte seitens der Verwaltung mit dem Eigentümer gesprochen und auf die Probleme hingewiesen werden, sagte die Fraktion Allianz für Hilden (Ratsmitglied Burchartz).

Bürgermeisterin Alkenings stellte klar, dass sich an den Einzelhandelsflächen wenig geändert hat. Der alte Bebauungsplan hätte auch an der jetzigen Situation nichts geändert. Eigentlich bestünde der Unterschied nur in der größeren Wohnbebauung und eher einer Verkleinerung statt Vergrößerung des Einzelhandels.

Antragstext:

Am 5. April 2017 wurde im Stadtentwicklungsausschuss über ein Bauvorhaben gesprochen, mit dem vorgesehen ist, das Geschäftszentrum an der Ecke Beethovenstraße/Joh.-Seb.-Bach-Straße abzureißen und zu ersetzen. Über die Abriss- und Baupläne berichtet auch die Rheinische Post am 07.04.2017. Die Rede ist von einer großflächigen Blockbebauung mit neuen Geschäftsflächen und ca. 110 Wohnungen.

Mit der Planung sind wir nicht einverstanden.

Wir beantragen, die Rechtsgrundlage, wonach ein derartig riesiger Klotz gleich neben dem Hochhaus zulässig sein soll, so zu ändern, dass

- die bestehenden Geschäfte in ihrer Existenz geschützt werden;
- die eh schon sehr dichte Bebauung nicht noch extrem weiter erhöht werden kann;
- auf die vielen bereits hier wohnenden Menschen mit ihren sozialen Problemen Rücksicht genommen wird;
- die Verkehrsprobleme der Beethovenstraße nicht noch gezielt weiter verschärft werden;
- die bislang in Eigenregie organisierte Nachbarschaftshilfe und Sozialarbeit zur Verhinderung eines sozialen Brennpunkts gesichert wird, anstatt sie ohne Not aufs Spiel zu setzen;
- das Viertel, in dem alleine das Hochhaus schon gut 100 Wohnungen auf engstem Raum beherbergt, mit einer weiteren Baumaßnahme der LEG für insgesamt zusätzlich 150 Wohnungen nicht aus allen Fugen platzt;
- die soziale Belastbarkeitsgrenze des Viertels in einer ohnehin schon angespannten Situation nicht sehenden Auges überschritten wird.

Wir beantragen, notfalls alle dem Stadtrat zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel auszuschöpfen, um über Art und Maß eventueller Veränderungen in Ruhe grundlegend sprechen zu können. Wir legen Wert auf eine angemessene Bürgerbeteiligung und bieten unsere Mitarbeit bei der Suche nach einer ausgewogenen Lösung an.

Kenntnisnahme Haupt- und Finanzausschuss 28.06.17

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm den ablehnenden Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 21.06.17 über den Antragstext zur Kenntnis.

Antragstext:

Der Stadtrat möge beschließen, dass auf der Marie-Colinet-Straße im Bereich der Hausnummern 2-6 geeignete bauliche Maßnahmen in Form von Bremsschwellen angebracht werden, die zu einer tatsächlichen Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung von max. 7 km/h führen.

Abstimmungsergebnis über Antragstext Stadtentwicklungsausschuss 05.04.17:

Mehrheitlich abgelehnt mit

2 Ja-Stimmen (Fraktion Allianz für Hilden, Fraktion Bürgeraktion)

1 Enthaltung

13 Nein-Stimmen

Abstimmungsergebnis über Verwaltungsvorschlag auf Aufstellung eines zusätzlichen Schildes „Verkehrsberuhigte Zone“ Stadtentwicklungsausschuss 05.04.17:

Einstimmig beschlossen mit 2 Enthaltungen (Fraktion Allianz für Hilden, Fraktion Bürgeraktion Hilden)

Kenntnisnahme Haupt- und Finanzausschuss 28.06.17

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm die obigen Beschlüsse des Stadtentwicklungsausschusses vom 05.04.17 zur Kenntnis.

3.3 Anregung nach § 24 GO zur Sitzungsvorlage WP 14-20 SV 61/104
"Entwicklungskonzept: Preisgünstiger Wohnraum in Hilden"
Fläche 5.5 Schalbruch / Meide / Westring

WP 14-20 SV
61/117

Antragstext:

1. Die Grundstücksfläche zwischen Schalbruch / Westring / Meide bleibt unverändert in der jetzigen Form als Ackerland/Grünland erhalten.
2. Es wird auf die Einleitung eines Verfahrens – wie in der SV 61/104 des Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschusses vom 16.11.2016 beschrieben – verzichtet, die in der Prüfung einer Bebauung enden soll.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

11 Ja-Stimmen

7 Nein-Stimmen (Bürgermeisterin, SPD-Fraktion)

4 Anträge

4.1 Antrag der CDU-Fraktion - Investitionen in die kommunale digitale Infrastruktur

WP 14-20 SV
20/078

Die CDU-Fraktion (Ratsmitglied Buschmann) erklärte den Antrag als erledigt.

Antragstext:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zusammen mit den Stadtwerken Hilden GmbH ein Integriertes Handlungskonzept: „Smarte Stadt Hilden“ zu entwickeln und dem Rat vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig als erledigt eingestuft

4.2	Antrag der BA: Tagesordnungen für Zuschauer bei Sitzungen auslegen	WP 14-20 SV 01/081
-----	--	-----------------------

Die Fraktionen CDU (Ratsmitglied Buschmann), FDP (Ratsmitglied Remih), Allianz für Hilden (Ratsmitglied Burchartz) sowie AfD (Ratsmitglied Prof. Dr. Bommermann) lehnten eine Papier-Auslage von Tagesordnungen bei Rats- und Ausschusssitzungen ab. Einig war man sich darüber, dass hier auf zusätzliches Papier verzichtet werden kann. Ohnehin kämen die Zuschauer/innen nur für bestimmte Themen, die sie bereits im Vorfeld kannten.

Die antragstellende Fraktion Bürgeraktion Hilden (Ratsmitglied Reffgen) warf der Verwaltung eine überwiegend ablehnende Haltung zum Bürgerservice vor. Weder der von der BA im letzten Jahr beantragte digitale Bürgerservice einer TV-Aufzeichnung von Sitzungen noch die jetzt beantragte Auslage von Papier-Unterlagen würden Zustimmung finden. Die Motive für den Besuch seien auch nicht ausschlaggebend, sondern allein das Interesse an der Sitzung selbst. Die Zuschauer/innen fänden es angenehm, die Tagesordnung der laufenden Sitzung zu haben.

Die Zuschauer/innen kämen tatsächlich für bestimmte Themen, würden aber zusätzlich gerne wissen was noch auf der Tagesordnung steht und wie der Ablauf der Sitzung sei, unterstützte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag. Die Fraktion sei bereit auch einen Prospektständer sowie die Tagesordnungen auf ihre Kosten zur Verfügung zu stellen und es zumindest mal für ein Jahr zu testen.

Abschließend wies Bürgermeisterin Alkenings die Vorwürfe gegen die Verwaltung zu einer ablehnenden Haltung zum Bürgerservice entschieden zurück. Die Tagesordnung samt Unterlagen ist jederzeit digital abrufbar. Zudem sorgt ein an den Zuschaueremporen abgedruckter Barcode beim Einscannen mit einem Smartphone oder Tablet für einen schnellen Aufruf der aktuellen Sitzung mit den Sitzungsvorlagen. Auch sind im Voraus der Sitzung Papier-Unterlagen im Rathaus erhältlich.

Antragstext:

„Zur Information über die aktuellen Tagesordnungspunkte der Rats- und Ausschusssitzungen der direkt vor Ort an Sitzungen teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger wird die jeweilige Tagesordnung schriftlich vor den Aufgängen zu den Zuschaueremporen ausgelegt.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

15 Nein-Stimmen (Fraktionen SPD, CDU, Allianz für Hilden und FDP)

3 Ja-Stimmen (Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Bürgeraktion Hilden)

5 Angelegenheiten des Jugendhilfeausschusses

5.1	Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung 2017 ff.	WP 14-20 SV
-----	--	-------------

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss zur Sicherstellung des Rechtsanspruchs auf ein Betreuungsangebot nach dem SGB VIII sowie KiBiz für Kinder ab Vollendung des Dritten Lebensjahres

a) die Einrichtung einer Wald – und Erlebnisgruppe im Jahr 2018 am Standort der inklusiven Kindertageseinrichtung „Nordlichter“ für bis zu 15 Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Eintritt der Schulpflicht. Die Stadt gewährt dem Träger ab Betriebsbeginn 100% der nach KiBiz anerken- nungsfähigen Betriebskosten von 89.600 € pro Jahr davon rd. 56% refinanziert über Landesmittel und Kostenbeiträge sowie einen Personalkostenzuschuss von rd. 37.000 € pro Jahr.

Die Anschaffungskosten in Höhe von 17.000 € für die Anschaffung eines Bauwagens und 10.000 € für die Anschluss- und Erschließungskosten werden im Produkt 011303 „Investitionen“, I2617neu „Bauwagen für Kindertageseinrichtungen“ bei Kostenart 783100 „Auszahlung für den Erwerb von Vermögen“ außerplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Minderauszahlungen im Produkt 011303 „Investitionen“, I261600107 „Unterkünfte für Flüchtlinge“.

b) die Einrichtung einer Wald – und Erlebnisgruppe im Jahr 2018 am Standort der städt. Kindertageseinrichtung „Pustebblume“ für bis zu 15 Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Eintritt der Schulpflicht. Betriebskosten rd. 128.100 € pro Jahr, davon rd. 35% refinanziert über Landesmittel und Kostenbeiträge.

Die Anschaffungskosten in Höhe von 17.000 € für die Anschaffung eines Bauwagens und 13.500 € für die Anschluss- und Erschließungskosten werden im Produkt 011303 „Investitionen“, I2617neu „Bauwagen für Kindertageseinrichtungen“ bei Kostenart 783100 „Auszahlung für den Erwerb von Vermögen“ außerplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Minderauszahlungen im Produkt 011303 „Investitionen“, I261600107 „Unterkünfte für Flüchtlinge“.

Für den Betrieb werden zwei ErzieherInnen S8a TVöD und ein/e Praktikant/In benötigt, die Personalkosten betragen ab 2018 rd.126.600 € jährlich.

c) Die Verwaltung wird beauftragt die Umsetzung der Maßnahmen entsprechend auf die Möglichkeit der Inanspruchnahme der vorgenannten Bundes/Landesmittel abzustimmen.

d) Weitere Planungen, Träger- und Investorenverhandlungen zur Anpassung des Betreuungsangebotes für diese Altersgruppe sind durch die Verwaltung vorzunehmen und dem Ausschuss vorzulegen. Über die Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel für weitere Maßnahmen ist im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2018 zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5.2 Neukontraktierung der Suchthilfe der SPE Mühle

WP 14-20 SV
51/157

Aufgrund ihrer Befangenheiten nahmen an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesord- nungspunkt folgende Personen nicht teil:

- Bürgermeisterin Alkenings
- Ratsmitglied Schneller (SPD-Fraktion)

- Ratsmitglied C. Schlottmann (SPD-Fraktion)

Ratsmitglied Buschmann (CDU-Fraktion) übernahm den Vorsitz.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss den anliegenden Kontrakt über die Leistungen der Suchthilfe mit dem SPE Mühle e.V. rückwirkend zum 1.7.2017.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

6 Angelegenheiten des Sozialausschusses

6.1	Anpassung der Vereinbarung über die Durchführung der Obdachlosenbetreuung durch die SPE Mühle vom 17.07.2012	WP 14-20 SV 50/096
-----	--	-----------------------

Aufgrund ihrer Befangenheiten nahmen an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt folgende Personen nicht teil:

- Bürgermeisterin Alkenings
- Ratsmitglied Schneller (SPD)
- Ratsmitglied C. Schlottmann (SPD)

Ratsmitglied Buschmann (CDU-Fraktion) übernahm den Vorsitz.

Beschlussvorschlag:

- a) Der Rat der Stadt Hilden stimmt der Anpassung der Vereinbarung über die Durchführung der Obdachlosenbetreuung nach Vorberatung durch den Sozialausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss rückwirkend zum 01.07.2017 zu.
- b) Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Sozialausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss, im **Haushaltsjahr 2017 26.615 € im Produkt 100801 „Hilfen für Wohnungslose“ bei Kostenart 531840 „Zuschüsse SPE Mühle“** überplanmäßig bereitzustellen. Die Deckung erfolgt durch die Verringerung der Ausgleichsrücklage.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

7 Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses

7.1	Ergänzung der Sondernutzungssatzung der Stadt Hilden - Werbeanlagen und Warenauslagen im öffentlichen Verkehrsraum etc.: Beschluss zur Öffentlichkeitsbeteiligung	WP 14-20 SV 61/128
-----	--	-----------------------

Die CDU-Fraktion (Ratsmitglied Buschmann) stimmte dem Beschlussvorschlag zu, kündigte allerdings Diskussionsbedarf im weiteren Verfahren an.

Beschlussvorschlag:

Nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss beschließt der Haupt- und Finanzausschuss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu dem vorgelegten Entwurf zur 2. Nachtragssatzung zur „Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Hilden – Sondernutzungssatzung“ die Öffentlichkeit und die Behörden bzw. Träger öffentlicher Belange zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7.2	Finanzielle Abwicklung der ÖPNV-Pauschale gem. ÖPNVG-NRW; Ausreichung der ÖPNV-Pauschale ab 2017	WP 14-20 SV 61/132
-----	---	-----------------------

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss sowie im Haupt- und Finanzausschuss

1. 20% der ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW als Aufgabenträger für eigene Zwecke zu beanspruchen.
Die Verwendung der Mittel richtet sich nach den Vorgaben des ÖPNVG NRW und den entsprechenden Verwaltungsvorschriften,
2. 30% der ÖPNV-Pauschale an die Rheinbahn AG als Anreiz zur Beschaffung und zum Einsatz neuwertiger und barrierefreier Fahrzeuge auf den Linienverkehren in Hilden nach der Alternative A-Invest (Gewährung der ÖPNV-Pauschale im Rahmen der Ausgleichsleistungen für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen im ÖSPV für investive Maßnahmen – Investitionen in Fahrzeuge) auszureichen,
3. die verbleibenden Mittel in Höhe von 50% der ÖPNV-Pauschale an öffentliche und private Verkehrsunternehmen, die den Gemeinschaftstarif nach § 5 Abs. 3 ÖPNVG NRW anwenden, weiterzuleiten – und zwar
 - a) an die Verkehrsgesellschaft Hilden einen Anteil an der ÖPNV-Pauschale nach der Alternative A (Gewährung der ÖPNV-Pauschale im Rahmen der Ausgleichsleistungen für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen im ÖSPV) und
 - b) an die Rheinbahn AG den verbleibenden Anteil an der ÖPNV-Pauschale als weiteren Anreiz zur Beschaffung und zum Einsatz neuwertiger und barrierefreier Fahrzeuge auf den Linienverkehren in Hilden nach der Alternative A-Invest (Gewährung der ÖPNV-Pauschale im Rahmen der Ausgleichsleistungen für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen im ÖSPV für investive Maßnahmen – Investitionen in Fahrzeuge).
4. Darüber hinaus stimmt der Rat der Stadt Hilden zu, dass die Verwaltung jährlich innerhalb des gesetzten Prozentrahmens (siehe 2.) über die Anwendung der Varianten entscheidet und die Verteilung nach sachgerechten Erwägungen vornimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

In ihren Ausführungen erläuterten die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen (Ratsmitglied Bartel) und Bürgeraktion Hilden (Ratsmitglied Reffgen), dass sie sehr verärgert bzw. enttäuscht über den nur sehr geringen Zuschuss zur Maßnahme „Stadtspark“ sind. Nicht nur die Arbeit der Politik, sondern besonders auch das Engagement von Kinder- und Jugendparlament sowie den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt würden hier zunichte gemacht. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlug vor das Gespräch mit anderen betroffenen Städten zu suchen und einen Beschwerdebrief an die Bezirksregierung zu richten.

Die Fraktion Allianz für Hilden (Ratsmitglied Burchartz) führte an, dass sie von Anfang an gegen das IHK-Projekt gewesen sei. Geld, was man nicht besitzt, kann man nicht ausgeben. Die Fraktion Allianz für Hilden beantragte über den Punkt B *„bei der Bezirksregierung Düsseldorf zu beantragen, die im Städtebauförderungsprogramm 2017 für Hilden enthaltenen Fördermittel in Höhe von 170.000 € für das Projekt B2 „Aufwertung des Warrington-Platzes“ umzuwidmen;“* separat abzustimmen, da dies die Fraktion nicht unterstütze.

Die AfD-Fraktion (Prof. Dr. Bommermann) wies darauf hin, dass es ihr wichtig sei, wie hoch die Kosten des Gesamtprojektes ausfallen. Würden die veranschlagten 800.000 € überschritten, wäre die Fraktion nicht mehr für eine Fortführung. Schon jetzt hat sich die Stadt dabei hoffnungslos „verhoben“. Es sei kein Mehrwehrt mehr zu erwarten.

Baudezernentin Hoff verwies darauf, dass von Anfang an deutlich gemacht wurde, dass auch bei Akzeptanz des IHK-Projekts als solches kein Rechtsanspruch auf Bezuschussung einzelner Teilprojekte entsteht. Insofern könne man auch nicht dagegen vorgehen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss

- a) den vorliegenden Antrag für das Projekt B1 „Revitalisierung des Stadtparkes“ zum Städtebauförderungsprogramm 2017 zurückzuziehen und
- b) bei der Bezirksregierung Düsseldorf zu beantragen, die im Städtebauförderungsprogramm 2017 für Hilden enthaltenen Fördermittel in Höhe von 170.000 € für das Projekt B2 „Aufwertung des Warrington-Platzes“ umzuwidmen;
- c) für das Projekt B1 „Revitalisierung des Stadtparkes“ bis zum 06.10.2017 einen neuen Förderantrag in dem Förderprogramm „Zukunft Stadtgrün“ (2017) zu stellen und
- d) falls das Projekt B1 „Revitalisierung des Stadtparkes“ keinen Zuschlag im Programm „Zukunft Stadtgrün“ erhält, einen neuen Förderantrag zum Projekt für das Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ im Stadterneuerungsprogramm 2018 bis zum 01.12.2017 zu stellen.

Abstimmungsergebnisse:

Punkte A, C und D des Beschlussvorschlages
Einstimmig beschlossen

Punkt B des Beschlussvorschlages
Mehrheitlich beschlossen
16 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme (Fraktion Allianz für Hilden)

Fazit: Damit ist der Beschlussvorschlag wie abgedruckt beschlossen.

8 Errichtung einer Salzsiloanlage auf dem städt. Bauhof
- Weitere Vorgehensweise -

WP 14-20 SV
26/029

Ratsmitglied Prof. Dr. Bommermann (AfD-Fraktion) gab folgendes zu Protokoll: Der Sitzungsvorlage ist zu entnehmen, dass die derzeitigen Kapazitäten für den Winter ausreichen. Daher sollte unter diesem Gesichtspunkt nur prophylaktisch der Ansatz von 69.000 € etatisiert werden, falls der Fall eintritt, dass das aktuelle Silo nicht noch ein paar Jahre hält. Er ginge davon aus, dass das Silo noch einige Jahre halten wird.

Beigeordneter Danscheidt bestätigte die Aussage, dass die für den jetzigen Winter geplanten Kapazitäten ausreichen. Allerdings widersprach er der Ansicht, dass das Silo noch einige Jahren halten wird. Schon jetzt war es schwierig, dass der Gutachter ein weiteres Jahr Nutzung zulässt. Grundsätzlich stellt sich die Frage nach einer dauerhaften sicheren Lösung. Daher rät die Verwaltung zur Errichtung einer Salzsiloanlage. Letztendlich entscheidet der Rat über die Bereitstellung der Mittel in den Haushaltsplanberatungen. Sollten die Mittel nicht bereitgestellt werden und der Gutachter eine weitere Nutzung verweigern, dann würde zwangsläufig eine außerplanmäßige Ausgabe zu tätigen sein.

Die Fraktion Allianz für Hilden (Ratsmitglied Burchartz) sprach sich angesichts der Ereignisse des harten Winters 2010/2011 für die Errichtung einer Salzsiloanlage aus.

Die damalige Ablehnung des Beschlusses zur Errichtung einer Salzsiloanlage wurde nicht bereut, berichtet die Fraktion Bürgeraktion Hilden (Ratsmitglied Reffgen). Die Ausführungen des Beigeordneten Danscheidt und die Angaben der Sitzungsvorlage würden den Anschein einer schwankenden Meinung des Gutachters zulassen. Die Fraktion sei zuversichtlich, dass das Silo noch einige Jahre hält und möchte kein Geld in den Haushalt einstellen, sondern bei Bedarf außerplanmäßig bereit stellen.

Die FDP-Fraktion (Ratsmitglied Remih) stimmt der Errichtung einer Salzsiloanlage zu und fordert endlich eine Entscheidung, da ausreichend darüber beraten wurde. Auch für die Bilanz der Stadt sei das direkte Einstellen in den Haushalt bei den Haushaltsplanberatungen besser als eine außerplanmäßige Ausgabe.

Beschlussvorschlag:

„Der Rat der Stadt Hilden stimmt der Erneuerung des Salzsilos auf dem städtischen Bauhof zu und beauftragt die Verwaltung, die voraussichtlich entstehenden Kosten von 69.000 € in den Haushaltsplanentwurf 2018 einzustellen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

1 Enthaltung (Fraktion Bürgeraktion Hilden)

9 Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses Stand Juni 2017

WP 14-20 SV
01/079

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm den nachfolgenden Sachstand zur Beschlusskontrolle seines eigenen Gremiums zur Kenntnis:

	Sitzungsvorlage aus Haupt- und Finanzausschuss-sitzung am	Beschluss/ Auftrag	Umsetzungsstand
	SV 20/072 Antrag der FDP – Stadthalle Hilden am 08.03.2017	Im Rahmen der Diskussion wurde festgestellt, dass lediglich der Aufsichtsrat Stadt Hilden Holding (AR SHH) über die Zukunft der Stadthalle (abschließend) entscheiden kann und darf. Daher sollte/muss die Diskussion in den AR SHH übertragen werden.	Die Umsetzung erfolgte mit einem mündlicher Bericht im AR der SHH am 13. März 2017 mit der Ankündigung, dass es für die nächste Sitzung des AR eine Sitzungsvorlage geben wird.
	SV 20/068 Entwurf der Haushaltssatzung 2017 und Bericht über den Hildener Bürgerhaushalt am 08.03.2017	Beschlossener Antrag 01 Liste Ergebnishaushalt Nr. 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie I101600050 bis I101600052 Die CDU beantragt die Vorlage eines Berichtes zur bisherigen Umsetzung des Medienentwicklungsplanes für Schulen 2016 – 2019 und eines Konzeptes zur Weiterentwicklung unter Berücksichtigung der zugesagten Landesmittel aus dem Programm "Gute Schule 2020" und der angekündigten Bundesmittel zum Digitalpakt.	Zwischenstand: Es ist vorgesehen, Bericht und Konzept in der Sitzung des Schul- und Sportausschusses (23.11.17) nach den Sommerferien 2017 vorzulegen. Im Anschluss an diese Sitzung wird der Haupt- und Finanzausschuss (29.11.17) über die Ergebnisse informiert.
	SV 20/068 Entwurf der Haushaltssatzung 2017 und Bericht über den Hildener Bürgerhaushalt am 08.03.2017	Sofortige Ortsbesichtigung VfB-Platz im Rahmen der Verkehrssicherheit Zu Antrag 02 (Liste 3 Ergebnishaushalt) wurde von Ratsmitglied Claudia Schlottmann berichtet, dass der VfB-Platz diverse Mängel aufweist. Spieler-Verletzungen hat es bereits gegeben. Verwaltung kannte diesen Umstand nicht. Die Verkehrssicherheit wurde seitens des Haupt- und Finanzausschusses in Frage gestellt. Die Verwaltung sagte entsprechende Ortsbesichtigung am Folgetag der Sitzung zu.	Die Umsetzung erfolgte mit Ortstermin am 09.03.2017 durch Amt 68. Es wurden zwar Schäden festgestellt, jedoch standen die schadhafte Stellen des Platzes in keinem Zusammenhang mit Verletzungen von Nutzern. Unabhängig davon beauftragte Amt 66 die Sanierung einer schadhafte Linierung und informierte am gleichen Tag das Sportbüro, dass eine Teilspernung des Platzes wegen des Schadens erforderlich ist um einer Verletzungsgefahr zu begegnen.
	SV 20/068 Entwurf der Haushaltssatzung 2017 und Bericht über den Hildener Bürgerhaushalt am 08.03.2017	Beschlossener Antrag 02 Liste 3 Ergebnishaushalt Die Haushaltsmittel von 2018 nach 2017 zu verschieben und die Mittel für den Bau des Kunstrasenplatzes ohne Planungskosten mit einem HV 6 zu versehen.	Der HV 6 - Vermerk wurde mit Beschluss des Schul- und Sportausschusses am 29.5.2017 aufgehoben. Das Leistungsverzeichnis für die Erneuerung des Kunstrasenplatzes ist erstellt und zur öffentlichen Ausschreibung an die Vergabestelle übermittelt.
	SV 20/068 Entwurf der Haushaltssatzung 2017 und Bericht über den Hildener Bürgerhaushalt	Beschlossener Antrag 03 Liste 3 Ergebnishaushalt Die Bürgeraktion beantragt, die im Schulgebäudeunterhaltungsprogramm für 2018 geplante Maßnahme über die	Zwischenstand: Nach Abstimmung mit der Schulleitung ist die Erneuerung der Bodenfliesen in der Außentoilettenanlage der Grundschule Am

	am 08.03.2017	Erneuerung der Bodenfliesen in der Außentoilettenanlage der Grundschule Am Elbsee auf das Jahr 2017 vorzuziehen. Ebenso wird beantragt, zeitgleich den Austausch der Siphons in den Bodenabläufen, sowie den Austausch der Siphons an den Urinalen vorzunehmen.	Elbsee für die Sommerferien dieses Jahres vorgesehen.
	SV 20/068 Entwurf der Haushaltssatzung 2017 und Bericht über den Hildener Bürgerhaushalt am 08.03.2017	Beschlossener Antrag 21 Liste 3 Ergebnishaushalt Zukünftig sollen beim Produkt „Personalmanagement“ folgende Kennzahlen aufgenommen werden: - Anzahl der bei der Stadtverwaltung Hilden beschäftigten Menschen mit Behinderung - Anzahl der Beschäftigten mit ausländischer Staatsbürgerschaft	Daten sind bereits im Haushalt 2017 enthalten und werden fortgeschrieben.

10 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Es wurden keine Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen vorgetragen.

11 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

11.1 Anfrage Fraktion Bürgeraktion Hilden Quartiersentwicklung an der Beethovenstraße

Die Fraktion Bürgeraktion Hilden reichte folgende Anfrage ein:

An der Beethovenstraße hat sich im Schatten des Hochhauses im Laufe vieler Jahre und von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen auf privater Initiative ein Bürger- und Begegnungszentrum etabliert. Während die dortige Bäckerei einen wichtigen Beitrag zur Sozialarbeit in dem Quartier leistet, hat sich das angeschlossene Café als soziokulturelles Zentrum entwickelt. Beide informellen Einrichtungen sind als Strukturelement im Laufe der Zeit fester Bestandteil einer als fortschrittlich konzipiert zu betrachtenden Stadtentwicklung geworden. Sie übernehmen für die lokale Szene diverser Randgruppen wichtige Funktionen, z. B. die Freiraumfunktion für benachteiligte Minderheiten.

Die Herausforderung für das Quartierszentrum besteht in der Sicherung der täglichen Lebensqualität. Angesichts der Absicht, an gleicher Stelle den Baubestand aufzugeben und durch ein bebauungsplankonformes Neubaurvorhaben zu ersetzen, stellt sich die Frage, ob das Bauprojekt auf eine bürgerorientierte Stadtentwicklung ausgerichtet ist.

Wir fragen die Verwaltung:

- 1. Wie beabsichtigt die Stadtverwaltung sicherzustellen, dass mit der Stadtentwicklung im Bereich Beethovenstraße die Schaffung besserer sozialer und kultureller Bedingungen für alle*

Bürger und die Chancengleichheit als wesentliches Kriterium in eine ganzheitliche Planung eingehen?

2. *Was unternimmt die Stadt projektbegleitend, um die bestehenden Kommunikationsstrukturen zu erhalten bzw. aufzufangen?*
3. *Verfügt die Verwaltung über eine Strategie zur sozialen Quartiersentwicklung? Wenn ja: Welche Vorstellungen hat die Verwaltung bezüglich eines städtebaulich- und soziokulturell getragenen integrierten Quartiersentwicklungskonzepts?*
4. *Gedenkt die Verwaltung die soziokulturellen Erfordernisse mit dem Investor eines neuen Quartierszentrums abzustimmen? Wenn ja, wann und auf welchem Wege soll dies geschehen?*
5. *Hat die Verwaltung eine Strategie, um das Bauprojekt sozialraumorientiert fachübergreifend zu Gunsten einer sozialen Stadtentwicklung zu begleiten?*
6. *Wie soll den sozialen Gegebenheiten, den Bedürfnissen, Möglichkeiten und Ressourcen der Bewohnerinnen und Bewohner und ihrer Lebenswelt künftig entsprochen werden?*

*gez. Ludger Reffgen
Fraktionsvorsitzender*

Die Anfrage liegt als Anlage 1 der Niederschrift bei.

11.2 Anfrage CDU-Fraktion Durchfahrtsverbot Kalstert

Die CDU-Fraktion (Ratsmitglied C. Schlottmann) reichte folgende Anfrage ein:

Warum wurde das Durchfahrtsverbot der Straße Kalstert aufgehoben und ebenfalls der Blumenkübel entfernt?

Ende der Sitzung: 18:17 Uhr

Bürgermeisterin Birgit Alkenings
Vorsitzende

Tobias Schlusche
Schriftführer/in

Gesehen:

Roland Becker
Leiter Team Bürgermeisterbüro